

Ein Modernisierungspakt für Deutschland 2025

Impulse der SPD-Wirtschaftsminister im Bund und in den Ländern

A. Deutschland: Stabil und erfolgreich.....	2
B. Fortschritt und Gerechtigkeit	3
C. Impulse für Fortschritt und Gerechtigkeit.....	7
I. Arbeit, Integration und Qualifizierung.....	7
II. Investitionen in die Zukunft erhöhen	10
III. Digitale Industriepolitik auf den Weg bringen.....	13
IV. Die Energiewende als Treiber wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit zum Erfolg führen.....	14
V. Europäisierung und Internationalisierung verbessern.....	16
D. Dem Fortschritt eine Richtung geben	17

A. Deutschland: Stabil und erfolgreich

Unsere Erfolge: Mut zu Reformen, Erhalt und Ausbau unserer industriellen Basis, starker Mittelstand, höchste Zahl an Beschäftigten, sinkende Arbeitslosigkeit, steigende Kaufkraft

Unser Wirtschaftswachstum wird auch in diesem und im nächsten Jahr im europäischen Vergleich überdurchschnittlich sein, getragen vor allem von der Binnennachfrage, insbesondere dem privaten Konsum durch steigende Haushaltseinkommen. Mehr als 43 Millionen Beschäftigte: Nie waren in der Geschichte der Bundesrepublik mehr Menschen in Beschäftigung als heute. Die Arbeitslosenquote ist auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung gesunken, und nach einer langen Phase stagnierender Löhne sind die Reallöhne im 1. Halbjahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 2,7 Prozent gestiegen.

Das alles sind beeindruckende Belege für eine erfolgreiche Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, die vor mehr als 10 Jahren durch die damalige SPD-geführte Bundesregierung und den SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder eingeleitet wurden. Vor allem die Entscheidung, entgegen allen damals populären „Experten-Ratschläge“ nicht ausschließlich auf Dienstleistungen – speziell Finanzdienstleistungen – zu setzen, sondern Industrie und verarbeitendes Gewerbe als tragende Säulen der deutschen Volkswirtschaft zu erhalten und ihre Rahmenbedingungen zu verbessern, haben diese erfolgreiche Entwicklung eingeleitet.

Innovationsfreudige Unternehmerinnen und Unternehmer, hoch qualifizierte Fachkräfte in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft, flexible und weltweit tätige Unternehmen, Investitionen in Forschung und Entwicklung und auch die Orientierung an Umwelt-, Klima und Ressourcenschutz sind die Grundlagen dieses wirtschaftlichen Erfolgs. Während heute viele andere Länder in Europa und Nordamerika um die richtigen Wege für ihre „Re-Industrialisierung“ ringen, ist Deutschlands industrieller Mittelstand ebenso wie seine großen und weltweit tätigen Unternehmen hochproduktiv, innovativ und wettbewerbsfähig. Unser heutiger Wohlstand basiert noch immer auf den damaligen mutigen Entscheidungen der SPD-geführten Bundesregierung.

An diesen Mut gilt es heute anzuknüpfen. **Denn wir leben inzwischen von der Substanz und müssen die Grundlagen unseres wirtschaftlichen Erfolgs wiederum erneuern.** Unsere aktuelle gute wirtschaftliche Entwicklung wird vor allem getragen von der gestiegenen Kaufkraft und der dadurch gewachsenen Binnennachfrage, vom niedrigen Ölpreis und vom schwachen Euro-Wechselkurs. Schon diese Aufzählung zeigt: es ist nicht allein die innere Stärke der deutschen Volkswirtschaft, die unseren Wohlstand trägt, sondern in hohem Maße auch externe Faktoren.

Deutschland hat inzwischen einen enormen Modernisierungstau:

- Stichwort: Modernisierungstau in der Infrastruktur
- Stichwort: Modernisierungstau in der digitalen Infrastruktur und der digitalen Bildung
- Stichwort: Modernisierungstau in den Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung
- Stichwort: Modernisierungstau in den privaten Investitionen
- Stichwort: Modernisierungstau im Zugang von Fachkräften zum deutschen Arbeitsmarkt

Wenn wir auch in 10 Jahren noch gut und sicher leben wollen, werden wir diesen Modernisierungstau anpacken müssen. Gerade eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur – von den klassischen Verkehrswegen über Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen – gehören zu den wichtigen Grundlagen des wirtschaftlichen Erfolgs Deutschlands. Darin wird sich auch in Zukunft nichts ändern, nur tritt mit der digitalen Infrastruktur eine zusätzliche Aufgabe hinzu.

Nur wenn wir diese Rahmenbedingungen erneut auf einen weltweit wettbewerbsfähigen Standard bringen, können unsere Unternehmen ihre Erfolg halten und ausbauen. Und nur wenn unsere Unternehmen und die deutsche Volkswirtschaft insgesamt auf Erfolgskurs bleiben, werden wir sichere Arbeitsplätze, gute Löhne und Gehälter, soziale Sicherheit und ökologische Vorbildfunktionen erhalten können. Und nur dieser wirtschaftliche Erfolg ermöglicht uns, die großen Herausforderungen der

Zukunft zu meistern: den demografischen Wandel, die Digitalisierung, die Schaffung von mehr sozialer Gerechtigkeit, die Investitionen in Bildung oder die große Aufgabe der Integration von Flüchtlingen in unser Land. Ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von 0,5 Prozent ergibt fast 4 Milliarden Euro höhere Steuereinnahmen – doppelt soviel wie eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes um 1 Prozent.

In guten Zeiten, wie wir sie derzeit haben, müssen wir investieren, um den wirtschaftlichen Erfolgskurs und die guten Bedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch in Zukunft zu erhalten. Auch heute noch gilt: „Wer morgen sicher leben will, muss heute für Reformen sorgen.“

Die SPD hat in der Bundesregierung damit begonnen: Rund 20 Milliarden Euro Entlastung und zusätzliche Investitionsmittel stellt der Bund den Ländern und den Städten und Gemeinden in dieser Legislaturperiode zur Verfügung. Das ist das größte kommunale Entlastungsprogramm seit Jahrzehnten und stärkt vor allem die kommunalen Investitionsmöglichkeiten, die einen großen Anteil an den öffentlichen Investitionen unseres Landes ausmachen. Dazu kommen die Hilfen für die Flüchtlingsunterbringung und die Integration.

Wir wissen aber: Das reicht bei Weitem nicht aus, um den beschriebenen Modernisierungstau mutig und wirksam anzupacken. Allein für den Aufbau eines leistungsfähigen Giganeetzes für die digitale Breitbandversorgung benötigt Deutschland bis 2025 Investitionen von 100 Mrd. Euro. Hinzu kommen die notwendigen Investitionen in die klassische Infrastruktur der Verkehrswege, die Modernisierung unserer Schulen und Hochschulen und die dringend nötigen Anreize für mehr private Investitionen in unseren Unternehmen.

Dafür treten wir als SPD-Wirtschaftsminister in Bund und Ländern ein.

Deutschland braucht in den kommenden 10 Jahren einen Modernisierungspakt mit zusätzlichen privaten und öffentlichen Investitionen, um seine Wettbewerbsfähigkeit, seine wirtschaftliche Kraft, seine soziale Sicherheit und seine ökologische Nachhaltigkeit zu erhalten und auszubauen. Und wie jedes erfolgreiche Unternehmen wissen wir: Nur wenn wir rechtzeitig investieren, können wir an der Spitze sein.

Deshalb darf es für die Finanzierung dieses Modernisierungspaktes keine ideologischen Tabus geben: Weder dürfen wir die Erschließung privatwirtschaftlicher Finanzierungsquellen für eine öffentlich-private Investitionspartnerschaft zum Tabu erheben noch die Finanzierung von langfristigen Investitionsvorhaben durch öffentliche Kreditaufnahme.

B. Fortschritt und Gerechtigkeit

Unser Anspruch: Herausforderungen benennen, Orientierung geben, Zukunft gestalten und Wohlstand für alle sichern

Die Welt befindet sich in einer Phase des politischen und wirtschaftlichen Umbruchs. Der Blick auf Europa offenbart, dass insbesondere das sozialstaatlich verfasste sowie investitions- und innovationspolitisch orientierte Wirtschaftsmodell unter Druck ist und vor neuen Herausforderungen steht. Wo 26 Millionen Menschen arbeitslos sind, wo auch sieben Jahre nach Ausbruch der Krise manche Länder noch immer nicht auf den Wachstumspfad zurückgekehrt sind, wo die Investitionen 300 Mrd. Euro unter dem Vorkrisenniveau liegen, wo die Staatsschulden in großen EU-Staaten weiter steigen und Stabilitätskriterien verletzt werden, da ist weiterhin viel Arbeit nötig, um die Dinge zum Besseren zu wenden und Wachstum und Beschäftigung zu fördern.

Business as usual ist darauf keine Antwort. Das Weltwirtschaftsforum, der Internationale Währungsfonds und die OECD warnen vor den Folgen eines nicht ausreichend ausbalancierten Kapitalismus, der nicht nur wachsende Ungleichheit zur Folge hat, sondern auch die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung gefährdet. Die damit verbundenen negativen Folgen für die Demokratie sind am Erstarken rechtspopulistischer Parteien in vielen Ländern Europas zu erkennen. Europa muss wieder ökonomisch stabiler, demokratischer und sozialer werden. Deutschland kann und muss in diesem Prozess eine wichtige Rolle spielen. Dafür haben wir die Kraft, und wir tragen dafür auch Verantwortung.

Die Wiederbelebung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft seit unserem Regierungseintritt im Bund und durch die Arbeit in den Ländern haben unserem Land gut getan. Wir haben unsere vielen innovativen Unternehmen, die international stark vernetzt und auf wichtigen globalen Märkten aktiv sind, gestärkt und unser hoch entwickeltes System von Forschung und Entwicklung weiter verbessert.

- Wir haben die Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt erweitert und gleichzeitig Kündigungsschutz, Mitbestimmung, Tarifautonomie und Flächentarifvertrag erhalten.
- Wir haben den Mindestlohn eingeführt und die Voraussetzungen für eine höhere Tarifbindung geschaffen.
- Wir haben dafür gesorgt, dass die Finanztransaktionssteuer auf die europäische Agenda kommt.
- Gesellschaftliche Bedeutung und organisatorische Kraft der Gewerkschaften sind im Zuge einer höheren Beschäftigung wieder stärker geworden.

Durch diesen Zugewinn an Innovationsorientierung und Sozialpartnerschaft haben wir uns in eine gute Ausgangsposition gebracht, um den mehrfachen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformationsprozess, in dem wir uns längst befinden, erfolgreich gestalten zu können. Insbesondere folgende Herausforderungen müssen wir aufnehmen:

- **Europa:** Die Unsicherheiten in Europa und im Euroraum verlangsamen trotz aller bisherigen Bemühungen nach wie vor die wirtschaftliche Erholung von der globalen Wirtschaftskrise seit 2008. Europa ringt im Moment um eine gemeinsame Position und ein solidarisches Verhalten in der Flüchtlingsfrage. War Europa jahrzehntelang das Versprechen auf Frieden, Freiheit und Wohlstand, so ist es heute ökonomisch und politisch instabil und wird eher als Faktor der Unsicherheit denn der Sicherheit wahrgenommen. Es gilt, die großen politischen und wirtschaftlichen Potenziale einer weiteren Integration Europas wieder fruchtbar zu machen und in ganz Europa zu einem dauerhaften und selbsttragenden Wirtschaftswachstum zu kommen.
- **Digitalisierung:** Die fortschreitende Digitalisierung all unserer Lebensbereiche hat einen fundamentalen Einfluss nicht nur auf unsere Gewohnheiten, sondern auch auf unser Verständnis und die Organisation von Arbeit und Wertschöpfungsketten. Zudem stellt sie weit höhere Anforderungen an Datensicherheit. Neue Kompetenzen und Geschäftsmodelle sowie ein neuer gesellschaftlicher Konsens über die Möglichkeiten und Grenzen neuer digitaler Technologien sind nötig, genau wie der ambitionierte, gigaborientierte Breitbandausbau und die Förderung von Start-ups insbesondere in der Wachstumsphase.
- **Demographischer Wandel:** Bis zum Jahr 2030 wird die erwerbsaktive Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren um rund 5 Millionen und die Zahl der Erwerbstätigen um eine Million sinken – und das bei einer unterstellten jährlichen Nettozuwanderung von 200.000 Personen. Millionen von Fachkräften fehlen besonders bei den Gesundheits- und Pflegeberufen, aber auch bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern. Keine Industriegesellschaft musste bisher ein solches Experiment bestehen. Besonders betroffen sind die strukturschwächeren Regionen in Deutschland, vor allem auch die ostdeutschen Länder.
- **Energiewende:** Die UN-Klimakonferenz und das Pariser Abkommen bestätigen den Weg, den Deutschland frühzeitig eingeschlagen hat. Wir werden den nachhaltigen Umbau unseres Energiesystems konsequent fortsetzen und unsere Erfahrungen und Technologien auch nutzen, um unsere internationalen Partner beim Ausbau von erneuerbaren Energien und Effizienz zu unterstützen. Und wir müssen bereits heute die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir eine langfristige Treibhausgasneutralität unserer Wirtschaft erreichen, ohne dass es dabei zu Strukturbrüchen kommt und wir unsere industrielle Stärke aufs Spiel setzen.
- **Wohlstandsverteilung:** Sie war und ist mehr denn je eine Kernfrage Sozialer Marktwirtschaft. Wir setzen an erster Stelle auf eine gerechte Teilhabe am Wohlstand durch Arbeitseinkommen. Gerade deshalb sehen wir das Problem, dass die Verteilung in den vergangenen Jahren ungleicher geworden ist. Die Kapitaleinkommen koppeln sich immer mehr von der Entwicklung der Löhne und Gehälter ab. Diesen Trend haben wir durch die Einführung des Mindestlohns und die Stärkung der Tarifbindung abgeschwächt und werden es durch die Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen sowie

die Anpassung der Entgelte von Frauen und Männern weiter tun. Darüber hinaus gilt es, Kapitalerträge wieder nach dem gleichen Prinzip zu besteuern wie Arbeitseinkommen.

Die Bewältigung all dieser Herausforderungen ist die Voraussetzung für eine starke Wirtschaft in einer stabilen und gerechten Gesellschaft.

Es geht darum, wieder mehr Politik zu wagen, das Verhältnis zwischen Markt und Staat neu auszutarieren und der Rolle des Staates als Impulsgeber und als Steuerungsinstanz privater Investitionen wieder mehr Beachtung zu schenken. Unsere momentane ökonomische Kraft, begünstigt durch einen schwachen Euro und einen niedrigen Ölpreis, ist eine gute Voraussetzung, um ein breit angelegtes Modernisierungsprogramm auf den Weg zu bringen.

Unser Ansatz: Eine Politik für Investitionen, Innovationen, Infrastrukturen, Internationalisierung und Integration

Unserem Modernisierungsprogramm liegt die Überzeugung zugrunde: Ohne mehr Investitionen, ohne wirkliche Innovationen, ohne moderne Infrastrukturen, ohne die Internationalisierung unserer Wirtschaft und ohne die Integration aller Qualifikationen werden wir in Deutschland und Europa nicht erfolgreich und weder wettbewerbs- noch zukunftsfähig sein. Auf fünf Feldern müssen wir handeln:

- **Investitionen:** Investitionen in die Kernbereiche der deutschen Wirtschaft und die Leitmärkte der Zukunft sind für die weitere wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes von fundamentaler Bedeutung. Deshalb wollen wir eine gesamtstaatliche Investitionsquote oberhalb des Durchschnitts der OECD-Staaten erreichen. Bildung und Qualifizierung, Digitalisierung, Energiewende, Forschung und Entwicklung, demographischer Wandel und moderne Infrastrukturen: Das sind die realwirtschaftlichen Bereichen, in die die finanziellen Ressourcen umgeleitet werden müssen. Durch eine Erhöhung der öffentlichen Investitionsausgaben, eine Weiterentwicklung der regionalen Wirtschaftsförderung, durch Anreize für die private Investitionstätigkeit und insbesondere durch die Förderung von Gründern und jungen Unternehmen wollen wir die Investitions- und Innovationskraft unseres Landes stärken.
- **Innovationen:** Mit gesamtstaatlichen Forschungsausgaben von knapp 3 Prozent des BIP unternehmen wir im europäischen Vergleich weit überdurchschnittliche Anstrengungen zur Stärkung unserer Innovationsfähigkeit. **Wir müssen den Anschluss an die innovationsfreudigsten Regionen der Welt finden, in denen die FuE-Ausgaben die Marke von 4 Prozent des BIP übersteigen. Das muss für 2025 auch Deutschlands Ziel sein.** Die Stärkung der Innovationskraft brauchen wir beispielsweise für nachhaltige Mobilitätslösungen, aber gerade auch im anziehenden internationalen Wettbewerb um neue digitale Geschäftsmodelle und disruptive Technologien sowie Lösungen für Industrie 4.0. Die Erfahrung und finanzielle Kraft der traditionell innovationsfreudigen und starken deutschen Industrieunternehmen muss dabei im besten Sinne mit den kreativen Ansätzen und Perspektiven von Start-ups und Unternehmen in der Wachstumsphase zusammenkommen.
- **Infrastrukturen:** Insbesondere im Bereich der öffentlichen Infrastrukturen lebt Deutschland von der Substanz. Schätzungen zufolge summieren sich unterlassene Sanierungs- und Erneuerungsinvestitionen auf über 100 Milliarden Euro. Nachholbedarf besteht vor allem im kommunalen Bereich. Noch Mitte der 90er Jahre wurden auf kommunaler Ebene über die Hälfte aller öffentlichen Investitionen in Deutschland getätigt. Heute sind es nur noch 36 Prozent. Dabei ist für unser Wirtschaftsmodell und für die vollständige Nutzung unseres Wachstumspotenzials eine gute öffentliche Infrastruktur von fundamentaler Bedeutung. Diesem Bereich müssen mehr Mittel zufließen, und er muss effizienter gemanagt werden. Daneben ist es vor allem notwendig, die digitale und die Forschungsinfrastruktur auszubauen, um die Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschland zu erhalten und zu stärken.
- **Internationalisierung:** Die deutsche Wirtschaft profitiert wie kaum eine andere von der weltweiten Vernetzung. Knapp jeder zweite Euro unserer Wirtschaftsleistung beruht auf Ausfuhren, jeder vierte Arbeitsplatz im Land hängt unmittelbar vom Export ab, in der Industrie sogar jeder Zweite. Und nicht nur große Konzerne exportieren, sondern auch zwei Drittel unserer kleinen und mittleren Unternehmen. Wir müssen deshalb unsere internationalen Handelsbeziehungen stärken. Dies vor allem auch, weil 90 Prozent des zukünftigen globalen Wirtschaftswachstums außerhalb der EU stattfinden wird. Wir wollen die Chancen aus offenen Märkten ergreifen und durch gute international vereinbarte Standards das europäische Sozialmodell im globalen Wettbewerb stärken.

- **Integration aller Talente und Qualifikationen:** Fortschritt und Wachstum entstehen durch die Arbeit und die Qualifikationen der Menschen. Wir müssen uns darum bemühen, alle Talente in unserem Land zu finden und zu fördern. Dafür brauchen wir eine gut ausgestattete aktive Arbeits- und Qualifizierungspolitik. Wir müssen alle in Deutschland lebenden Arbeitskräfte besser mobilisieren und qualifizieren. Und zugleich müssen wir bessere Rahmenbedingungen für die Einwanderung von Fachkräften aus dem Ausland schaffen. Weitreichende Qualifizierungs- und Integrationsleistungen sind insbesondere auch notwendig, um die Veränderung der Arbeitswelt durch die digitalen Technologien im Handel, bei Dienstleistungen aber auch in der Industrie zu gestalten.

Damit sind die zentralen Herausforderungen und Handlungsfelder beschrieben. Unser Land muss sich seinen bewährten Prinzipien, Erfahrungen und Kompetenzen treu bleiben und sie nutzen. Und gleichzeitig müssen wir offen sein gegenüber neuen technologischen Entwicklungen und Geschäftsmodellen. Eine innovative und zugleich sozial und ökologisch verantwortliche Wirtschaftspolitik: Das ist unser Ziel. Gemeinsam müssen wir für einen Ausgleich von Markt und Staat, von Innovation und Gerechtigkeit, von Freiheit und Sicherheit sorgen. Die Voraussetzung dafür ist eine kluge Investitionspolitik, die auf gute Arbeit und Innovationen als Produktivkräfte setzt. Und die Wachstum zum Ziel hat, um Konsolidierung zu erreichen.

Wir, die heute in der Verantwortung stehenden sozialdemokratischen Wirtschaftsminister im Bund und in den Ländern, wollen die zentralen Herausforderungen unserer Zeit angehen und legen hiermit Impulse für eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik im kommenden Jahrzehnt vor.

Wir wollen die arbeitende Mitte unserer Gesellschaft stärken.

Im Mittelpunkt unserer Politik stehen die Akteure der Arbeitsgesellschaft. Dazu zählen wir Arbeiter, Angestellte und Beamte genauso wie Selbständige, Handwerker und kleine und mittelständische Unternehmer. Es geht um eine Politik aus der und für die arbeitende Mitte unserer Gesellschaft. Wir denken dabei an alle Leistungsträger unseres Landes – junge Start-up-Unternehmerinnen und -Unternehmer, Ingenieure, Frauen und Männer in den Bildungs- und Pflegeberufen, sie alle gehören dazu.

Dreh- und Angelpunkt unserer Wirtschaft ist der Mittelstand. Mehr als 9 von 10 Unternehmen in Deutschland zählen zum Mittelstand. Über 84 Prozent aller Auszubildenden lernen dort. Mittelständler stellen knapp 60 Prozent aller Arbeitsplätze und erwirtschaften 56 Prozent unserer Wirtschaftsleistung. In vielen Regionen sind es gerade die mittelständischen und familiengeführten Unternehmen, die eine große Bindung und Verantwortung im sozialen Umfeld beweisen. Erfolgreiche Unternehmensnachfolgen sichern Arbeitsplätze und Know-how. Diese Bedeutung ist auch der Grund, warum wir uns für eine mittelstandsfreundliche Ausgestaltung der Erbschaftssteuer einsetzen.

Gründerinnen und Gründer sind für uns die zentralen Akteure des ökonomischen Wandels. Sie sorgen für Fortschritt und Modernisierung. Sie bringen Kreativität in die Wirtschaft, sie entfalten neue Ideen, neue Geschäftsmodelle, oft auch neue gesellschaftliche Problemlösungen. Rund 390.000 Existenzgründungen einschließlich der freiberuflich Selbständigen hatte Deutschland 2014. Aber wir brauchen noch mehr, vor allem auch Gründungen durch Frauen. Neben technologie- und wachstumsorientierten Gründerteams mit Produktinnovationen und digitalen Services wollen wir auch diejenigen unterstützen, die sich für Existenzgründungen im Dienstleistungsbereich, im Handwerk und im Handel sowie in den Freien Berufen entscheiden.

C. Impulse für Fortschritt und Gerechtigkeit

I. Arbeit, Integration und Qualifizierung

1. Gute Arbeit fördern

Wir wissen, dass ein höheres Maß an innerem Frieden und sozialer Teilhabe zugleich auch die wirtschaftliche Stabilität begünstigt. Ungleichheit schwächt eine Volkswirtschaft. Gute, mitbestimmte Arbeit mit anständigen Löhnen ist deshalb zentrales wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Ziel der SPD. Vieles von dem, was zu besserer Arbeit führt, haben wir in dieser Legislaturperiode bereits umgesetzt, Weiteres werden wir in diesem Jahr noch anpacken. Über die Vorhaben des Koalitionsvertrages hinaus geht es im nächsten Jahrzehnt vor allem auch darum, eine behutsame Evolution von Arbeit im digitalen Wandel herbeizuführen. Hart erkämpfte und bewährte Sicherheiten und Standards müssen von der analogen in die digitale Welt überführt werden, Potenziale für Flexibilisierung im beiderseitigen Sinne von Arbeitgebern und Arbeitnehmern genutzt werden.

Die Digitalisierung bietet die Chance für alle Beschäftigten, zukünftig selbstbestimmter, flexibler und in attraktiven Arbeits- und Lernumgebungen unterstützt von interaktiven Technologien zu arbeiten. Mit der Entgrenzung von Arbeitszeiten und Arbeitsorten durch die Digitalisierung steigen aber auch die Erwartungen der Arbeitgeber und Auftraggeber an Verfügbarkeit und flexible Leistungserbringung, die nicht von allen Arbeitnehmern und Auftragnehmern zu allen Zeitpunkten in ihrem Leben zu erfüllen sein werden. In der digitalen Arbeitswelt wird Arbeitskraft beispielsweise auf Plattformen verhandelbar, was zu einer Ausweitung von freiberuflichen, in Solo-Selbständigkeit erbrachten und von Arbeitsbeziehungen auf Grundlage von Werkverträgen führen wird. In einigen Branchen ermöglichen diese neuen digitalen Plattformen schon jetzt neue Formen des Angebots und der Erbringung von Dienstleistungen. Dadurch entstehen Mischformen von abhängiger Beschäftigung und unternehmerischer Tätigkeit. Wir sind offen für diese Entwicklungen soweit sie beiden Seiten nutzen: dem Auftraggeber und dem Leistungserbringer. Unser Ziel ist es daher, die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass gute digitale Arbeit gesichert und gestärkt wird.

- Wir brauchen einen **neuen Flexibilitätskompromiss**, der die Bedürfnisse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern an den verschiedenen Lebensphasen orientiert und die gefundenen Lösungen sozial absichert. Die **Familienarbeitszeit** gehört zu diesem Arrangement.
- In komplexer werdenden Unternehmensstrukturen und Arbeitsabläufen mit wachsender interner wie externer Flexibilität müssen die berechtigten Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in einen neuen Ausgleich gebracht werden. Um dies zu erreichen, müssen wir den **Betriebsbegriff sowie den Arbeitnehmerbegriff weiterentwickeln**. In Betrieben, deren Geschäftsmodelle zunehmend auf Click- oder Crowdworkern basieren, muss beispielsweise eine Regelung gefunden werden, die eine adäquate Mitbestimmung ermöglicht und neue Formen des Arbeitnehmers in die Betriebsverfassung einbindet.
- **Neue digitale Dienstleistungs-Plattformen** können mit traditionellen Abgrenzungen wie abhängige/selbständige Beschäftigung oder Arbeitnehmer/Unternehmer nur unzureichend erfasst werden. Daher muss die **Abgrenzung zwischen Arbeits- und Auftragsverhältnis geschärft** werden. Und es muss geprüft werden, inwieweit Unternehmen, die sich als reine „Vermittlungs-Plattformen“ definieren, nicht stärker in die Verantwortung für die Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen sowie die soziale Absicherung der von ihnen vermittelten Dienstleister genommen werden müssen.
- Durch die Digitalisierung steigt die Zahl der so genannten **Solo-Selbständigen**. Wenn reguläre sozialversicherte Beschäftigung in den kreativen Berufen durch Solo-Selbständigkeit verdrängt wird, verschärft sich das seit Langem bestehende Problem ihrer sozialen Absicherung. Für die soziale Absicherung von Solo-Selbständigen müssen in den bestehenden Sozialsystemen neue Angebote geschaffen werden.
Die Verwerter von Kreativdienstleistungen, die in Solo-Selbständigkeit erbracht werden, wollen wir in Weiterentwicklung der Idee paritätischer Finanzierung an der sozialen Absicherung beteiligen.

2. Bildung stärken

Qualifizierung ist die beste Antwort, um das inländische Fachkräftepotenzial zu nutzen und die Menschen für die Herausforderungen der **Arbeitswelt 4.0** vorzubereiten. Unser Ziel ist eine Gesellschaft neuer Chancen, in der wir alle Reserven an Talent und Leistungsbereitschaft heben. Gute Bildung fördert soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Dazu muss unser Bildungssystem noch besser und durchlässiger werden.

- Wir brauchen eine **bessere Finanzierung von Bildung in allen Bereichen** – bei den Kitas, Schulen, Hochschulen und der beruflichen Qualifizierung. Nirgends sind die gesellschaftlichen Renditen so hoch wie im Bildungsbereich. Die Länder haben hier enorme Ausgaben zu stemmen, sind aber ab 2020 mit dem Neuverschuldungsverbot des Grundgesetzes konfrontiert. Damit die Bildungsinvestitionen in ganz Deutschland im nächsten Jahrzehnt substanziell steigen können, muss die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen die Finanzkraft aller Länder verbessern.
- Der bildungspolitische Flickenteppich tut unserem Land nicht gut. Je mobiler unsere Gesellschaft wird, desto kompatibler müssen unsere Curricula und unsere Abschlüsse werden. Wir brauchen deshalb eine bessere Koordinierung und Zusammenarbeit in der Bildungspolitik Deutschlands. Deshalb sollten wir einen neuen Anlauf für einen modernen Bildungsföderalismus starten und das **Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern aufheben**.
- Die **schulische Bildung** muss den gesellschaftlichen Paradigmenwechsel hin zu **Digitalisierung** und Vernetzung stärker aufnehmen. Die Nutzung digitaler Lernplattformen ist vielversprechend. Medienbildung und grundlegende Informatikkenntnisse müssen in den Bildungsplänen verpflichtend verankert werden. Einige Länder gehen diesen Weg bereits mustergültig voran.
- Die **berufliche Bildung** ist eine Stärke Deutschlands, die wir erhalten wollen. Dabei gilt: Nur ein **durchlässiges Bildungsmodell** ist ein gutes Bildungsmodell. Wir stehen für eine Bildungspolitik zweiter und dritter Chancen, für eine Bildungspolitik, die Hauptwege, aber auch Nebenwege zulässt – und dies ein ganzes Leben lang. Die Durchlässigkeit der einzelnen Bildungsstufen ist von ganz besonderer Bedeutung. Der Wechsel zwischen beruflicher und akademischer Qualifizierung muss Normalfall sein können. So wächst die Bereitschaft von Jugendlichen, nach der Schule eine Lehre zu beginnen, denn der Weg zur Hochschule bleibt offen. Studienabbrecher wiederum sollten problemlos Berufsausbildungen aufnehmen können, Meister, Techniker oder Fachwirte direkt Zugang zu einem fachlich entsprechenden Weiterbildungsmaster erhalten, um ihren Bildungsweg akademisch fortsetzen zu können.
- Im **Hochschulbereich** wächst die Diskrepanz zwischen immer mehr und feiner spezialisierten BA- und MA-Studiengängen einerseits und dem betrieblichen Bedarf an praxisorientierten und fachlich übergreifenden Handlungskompetenzen. Die Studienangebote müssen stärker auf diesen Bedarf eingehen. Gleichzeitig müssen insbesondere an den Schnittstellen der für Industrie 4.0 relevanten Disziplinen wie Informatik, Robotik und Ingenieurwissenschaften Verbindungen zwischen Wissenschaft und Praxis geschaffen werden.
- Innerhalb der Europäischen Union haben wir die niedrigste Arbeitslosenquote bei jungen Menschen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren. Das zeigt auch die Stärke unseres praxisnahen Ausbildungssystems. Die **Duale Berufsausbildung** ist ein Erfolgsfaktor für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Wir müssen ihre Attraktivität an Schulen und gegenüber den Eltern kommunizieren und sie vor allem mit Blick auf die Digitalisierung **um neue Berufsbilder ergänzen und modernisieren**. Wir brauchen mehr Auszubildende, um die Zukunft von Handwerk, Dienstleistung und Industrie in Deutschland zu sichern. Eine Ausbildung ist nicht „last exit“, eine Ausbildung steht gleichberechtigt neben dem Studium. Dafür gilt es zu werben und die Arbeitsbedingungen so zu verbessern, dass eine Ausbildung gleichwertig wahrgenommen wird. Nur so wird es uns gelingen, den zunehmenden Fachkräftebedarf zu decken und die Unternehmensnachfolge in zigtausend Betrieben zu sichern.

3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Der **Druck auf die arbeitende Mitte unserer Gesellschaft** ist gewachsen. Noch immer ist dabei die Familienverantwortung zwischen Männern und Frauen ungleich verteilt und noch immer arbeiten zu viele Mütter in kleiner Teilzeit. Immer noch erfahren viele Eltern zu wenig Hilfe und Unterstützung bei ihren Doppel- und Dreifachbelastungen mit Beruf, Kindern und oftmals auch Pflege von Angehörigen. Unser Ziel ist, den Familien zu helfen und die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** zu verbessern. Vor allem wollen wir die Chancengleichheit für Männer und Frauen endlich faktisch durchsetzen, bessere Beschäftigungs- und Aufstiegschancen für Frauen schaffen und damit auch das vorhandene Fachkräftepotential besser nutzen.

- Laut OECD ist Deutschland das einzige entwickelte Industrieland, in dem Zweitverdiener in Familien mit Kindern durch das Steuer- und Sozialleistungssystem nicht begünstigt werden. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits das Betreuungsgeld auf Bundesebene für verfassungswidrig erklärt. Wir begrüßen dieses Urteil, denn wir halten einen finanziellen Bonus dafür, keine Arbeit aufzunehmen, für gleichstellungspolitisch fragwürdig. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern, werden wir das Konzept der Familienarbeitszeit entwickeln und einführen, also eine Leistung für Eltern, die gleichzeitig erwerbstätig sind, verbunden mit einem neuen Familienzeitrecht, das Familien in Situationen entlastet, in denen Fürsorgeaufgaben anstehen.
- Wir wollen einen **rechtlichen Anspruch auf Rückkehr in den vorherigen Umfang der Beschäftigung nach einer Teilzeitbeschäftigung** einführen. Damit Teilzeit nicht in die berufliche Sackgasse führt, müssen sich die bestehenden Regelungen des Teilzeit- und Befristungsgesetzes im Hinblick auf diskriminierungsfreie Bezahlung, Teilnahme an betrieblicher und überbetrieblicher Qualifizierung und Gewährung von Aufstiegschancen im betrieblichen Alltag niederschlagen.
- Auch wenn sich die Betreuungsinfrastruktur bereits deutlich verbessert hat, müssen wir unsere Anstrengungen zur **Verbesserung der Kinderbetreuungsmöglichkeiten** weiter verstärken, insbesondere durch Ausbau eines qualitativ hochwertigen Angebots und hinsichtlich eines bedarfsgerechten Angebots an Ganztagschulen. Gleichzeitig sollte ein gesetzlicher Anspruch auf Ganztagsbetreuung bis zum Ende der Grundschulzeit eingeführt werden. Der Bund setzt die durch das Scheitern des Betreuungsgeldes frei werdenden Mittel ein, um die Länder bei der Familienpolitik zu unterstützen. Dort sollten sie insbesondere für den Ausbau von Kita-Plätzen eingesetzt werden, die wir nicht zuletzt auch für die Integration und Förderung benachteiligter oder zugewanderter Kinder dringend brauchen.
- Durch den Zuzug von rund 1 Million Flüchtlingen im Jahr 2015 wächst der Bedarf an Kita- und Schulplätzen mit Sprachförderung und Ganztagsangeboten. Schätzungsweise werden mehr als 300.000 zusätzliche Kinder in Deutschland schulpflichtig sein. Rund 140.000 Kinder im Vorschulalter werden zu fördern sein. Dafür brauchen wir 20.000 neue Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas und zusätzlich 25.000 Lehrerinnen und Lehrer. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund die Länder bei diesen zusätzlichen Anstrengungen unterstützt.

4. Beschäftigung im Alter ermöglichen

Nicht zuletzt die Digitalisierung bietet eine Chance für viele Beschäftigte, zukünftig **länger gesund im Beruf zu bleiben**. Für die alternde Gesellschaft wollen wir neue Formen altersgerechter Arbeit entwickeln. Auch aufgrund des Fachkräftebedarfs soll es künftig für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch rentenrechtlich attraktiver sein, bei guter Gesundheit möglichst lange im Erwerbsleben zu bleiben.

- In dieser Legislaturperiode haben wir für die Arbeitsvertragsparteien die Möglichkeit geschaffen, im laufenden Arbeitsverhältnis eine Übereinkunft zu treffen, einen auf das Erreichen der Regelaltersgrenze vereinbarten Beendigungszeitpunkt gegebenenfalls auch mehrfach hinauszuschieben. Um lebenslaufbezogenes Arbeiten stärker zu unterstützen, wollen wir den rechtlichen Rahmen für einen **flexibleren Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand** verbessern. Dazu gehören zum einen flexiblere Arbeitszeiten bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter – zum Beispiel durch Abschaffung starrer Hinzuverdienstgrenzen für Rentner zwischen 63 und 65 – und zum anderen attraktivere Möglichkeiten für das Weiterarbeiten danach. Ferner wollen wir prüfen, wie wir unterschiedliche Bedürfnisse in verschiedenen Lebensphasen besser berücksichtigen können.

- Wir wollen **Unternehmen bei der Gesundheitsvorsorge im Betrieb** stärker unterstützen. Vor allem bei kleinen und mittleren Unternehmen gibt es hier erheblichen Bedarf.
- Viele ältere Arbeitslose sind erfahren und hoch qualifiziert und finden dennoch keinen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt. Wir appellieren an die Arbeitgeber, **auch älteren Arbeitslosen eine Jobchance zu geben**.

5. Zuwanderung gestalten, Einwanderung ermöglichen

Seit Jahrzehnten kommen Menschen nach Deutschland. Einige freiwillig auf der Suche nach einer guten Arbeit, andere notgedrungen als Flüchtlinge. In den letzten vier Jahren ist der Wanderungsgewinn insbesondere in die wirtschaftlichen Zentren des Landes stark angestiegen – weil unser Arbeitsmarkt Chancen für Zuwanderer bietet, aber auch, weil unsere europäischen Nachbarn weiter unter der Wirtschaftskrise leiden. Und nicht zuletzt, weil Krieg, Gewalt und Verfolgung sowohl in Osteuropa als auch im Krisenbogen zwischen dem Nahen Osten und Nordafrika zugenommen haben. Einige Menschen kommen auch aus purer Perspektivlosigkeit und Armut zu uns.

Heute gibt es – auch dank der SPD – einen weit größeren Konsens darüber, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Und die Zahlen zum demografischen Wandel sprechen eine klare Sprache: **Deutschland braucht qualifizierte Nettozuwanderung**. Daher müssen wir jetzt den nächsten Schritt gehen und den Mut zu einer **Einwanderungsgesellschaft** haben. Wir wollen Wege öffnen, damit Menschen auf Dauer bleiben und zu Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes werden. Dafür brauchen wir drei wesentliche Dinge: Erstens müssen wir die Zuwanderung richtig steuern. Zweitens muss wesentliches Ziel sein, dass Menschen, die Anspruch auf Schutz haben und unter Umständen sehr lange in Deutschland bleiben werden, möglichst schnell Arbeit finden und sich ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können. Auch wenn unter den zugewanderten Flüchtlingen Fachkräfte sind, die wir dringend benötigen, so gibt es doch viele andere, die größere Unterstützung bei der Integration in den Arbeitsmarkt benötigen. Drittens müssen wir die Kommunen deutlich stärker unterstützen. **Um die Arbeitsmigration zielgerichtet steuern zu können, braucht Deutschland ein modernes Einwanderungsgesetz.**

II. Investitionen in die Zukunft erhöhen

Die **Fratzscher-Kommission** im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums hat im vergangenen Jahr festgestellt, dass Deutschlands Zukunft durch eine immense Investitionslücke belastet wird. Wir wollen bis 2025 die **Investitionsquote Deutschlands deutlich über den OECD-Durchschnitt heben**. Und wir wollen, dass **Deutschland bei der Investitionsstätigkeit unter den entwickelten Volkswirtschaften in die Spitzengruppe aufrückt. Dazu gehört, dass Deutschland die jährlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Laufe der nächsten zehn Jahren auf 4 Prozent des BIP steigert.**

1. Öffentliche Infrastruktur

Deutschland muss mehr und besser in seine öffentliche Infrastruktur investieren, um den nächsten Generationen kein verfallendes Haus zu übergeben. Besonders in einer Niedrigzinsphase ist es gesamtwirtschaftlich klug und geboten, höhere Investitionsmittel aufzubringen.

Wenn wir jetzt nicht investieren, wird sich unser wirtschaftliches Potenzial nicht entfalten und wir werden in Zukunft zu wesentlich teureren Bedingungen investieren müssen. Eine Modernisierung unserer Infrastruktur – insbesondere Breitband, Kommunikationsinfrastruktur und Verkehrswege – ist Voraussetzung für eine Steigerung privater Investitionen. Wir wollen öffentliche Investitionsausgaben erhöhen. Gleichzeitig müssen wir an besseren Strukturen arbeiten, so dass vorhandene Mittel effektiver eingesetzt und Infrastrukturlücken schneller geschlossen werden können.

- Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Breitband-Ausbauziele mit flächendeckend mindestens 50 Mbit/s bis 2018 sind ein wichtiger Zwischenschritt. Bald aber werden Bandbreiten mit 500 Mbit/s und mehr zum Stand avancierter technologischer Anforderungen gehören. Daher wollen wir eine **zukunftsfähige Glasfaser-Strategie für ein Gigabitnetz mit klaren Ausbauzielen bis 2025** entwickeln und umsetzen. **In den nächsten zehn Jahren müssen wir vor allem aus privaten, aber auch aus öffentlichen Mitteln 100 Mrd. Euro in ein Gigabitnetz investieren.**
- Wir wollen **Rahmenbedingungen für eine zügige Einführung der fünften Mobilfunkgeneration** schaffen und gleichzeitig die Forschung an den nachfolgenden Generationen fördern. Neben weiteren öffentlichen Mitteln wollen wir dies durch die investitionsfreundliche Weiterentwicklung des regulatorischen Rahmens erreichen, damit private Investoren ihre Mittel erhöhen.
- Zu einer integrierten Zukunftsstrategie gehört auch die Finanzierung von Verkehrswegen, Flughäfen, Häfen und Logistik auf hohem Niveau. Wir brauchen starke Häfen, um unsere Funktion als Logistik-Drehscheibe zu erfüllen und eine leistungsfähige Verkehrsanbindung ins Hinterland. Als Wirtschaftsminister in Bund und Ländern setzen wir uns gemeinsam für eine **Wiederbelebung des Maritimen Bündnisses** ein, denn leistungsfähige Küsten- und Hafenstandorte nutzen in ganz Deutschland der exportorientierten Industrie.
- **Wir wollen bei der Finanzierung des Bundesfernstraßennetzes neue Wege gehen.** Die Ergebnisse der Fratzscher-Kommission zeigen die Ansätze: Ziel muss eine effiziente und an betriebswirtschaftlichen Grundsätzen orientierte Netzbe-
wirtschaftung im Rahmen demokratisch legitimierter strategischer Prioritäten sein. Existierende Instandhaltungslücken müssen unverzüglich geschlossen werden. Bau und Instandhaltung müssen vorausschauend über lange Perioden geplant und durchgeführt werden. Darauf müssen eine entsprechend nachhaltige Finanzierung unter langfristig angelegter Einbeziehung von Mauteinnahmen und eine effiziente Struktur der Verwaltung ausgerichtet sein. Eine Privatisierung der Bundesfernstraßen lehnen wir ab.
- Außer zusätzlichen Mitteln brauchen viele Kommunen auch zusätzliches Know-how, um Investitionen wirtschaftlich planen und durchführen zu können. Zusammen mit den Ländern wollen wir dazu ein **bundesweites Kompetenzzentrum aufbauen, das den Kommunen in allen Projektphasen als Berater zur Verfügung steht.** Im Unterschied zu existierenden Angeboten würde dies nicht nur öffentlich-private Partnerschaften unterstützen, sondern auch – und insbesondere – konventionell realisierte Investitionsvorhaben, die derzeit mehr als 95 Prozent aller kommunalen Infrastrukturprojekte ausmachen.
- Privates Kapital sollte dann eine stärkere Rolle bei der Finanzierung von öffentlicher Infrastruktur spielen, wenn dies im Interesse der öffentlichen Auftraggeber ist. Wir werden deshalb prüfen, ob und wie sich öffentlich getragene Fonds oder Plattformen schaffen lassen, die geeignete Projekte – besonders auf kommunaler Ebene – bündeln und für private Finanzierung zugänglich machen. Die **Sanierung des Gebäudebestandes** birgt nicht nur ein hohes Investitionspotenzial, sondern trägt auch ganz maßgeblich dazu bei, unsere Klimaschutzziele zu erreichen. Wir wollen die KfW-Programme weiter verbessern und Ingenieurleistungen für effizientes Bauen fördern.

2. Regionalpolitik weiterentwickeln – strukturschwache Regionen fördern

Die **Struktur- und Investitionsstärken im Bundesgebiet sind nach wie vor ungleich verteilt.** Wir haben zwar erreicht, dass sich die Qualität der öffentlichen Infrastruktur in Ost und West angeglichen hat. Die ostdeutschen Länder haben auch bei Wachstum und Beschäftigung aufgeholt, mit einigen sehr erfolgreichen Innovationsregionen. Im Durchschnitt jedoch bleibt viel zu tun: Die Entwicklung von Produktivität, Lohnniveau und Steuerkraft im Osten Deutschlands stagniert. Noch immer macht Abwanderung den Standorten zu schaffen, insbesondere den ländlichen Regionen. Die großen Konzernzentralen fehlen, und damit oftmals auch gut bezahlte Führungsjobs und Forschungsabteilungen.

Die Ungleichheiten zwischen Ost und West sind jedoch nur eine Dimension der regional gespaltenen Entwicklung Deutschlands. Die Finanzkraft der Kommunen fällt bundesweit weit auseinander. Sowohl ost- als auch westdeutsche Flächenländer spüren die Lasten einer ungünstigen demografischen Entwicklung und die wachsenden Herausforderungen des wirtschaftlichen Strukturwandels. Bundesweit gibt es strukturschwache Regionen, die ohne gezielte Strukturpolitik weiter zurückfallen.

Die SPD steht auch nach dem Auslaufen des Solidarpakts II im Jahr 2019 zur gesamtstaatlichen Verantwortung für die Zukunftsperspektiven strukturschwacher Regionen. Ostdeutschland muss deshalb auch nach Auslaufen des Solidarpakts einen gewichtigen Schwerpunkt der gesamtdeutschen Strukturförderung des Bundes bilden. Zusätzlich müssen wir die Regionalpolitik für die anderen strukturschwachen Regionen unseres Landes verstärken. So war es richtig, die Förderung durch die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) zugunsten einer stärker gesamtdeutschen Perspektive zu verändern und dennoch ein hohes Niveau für die nachholenden Regionen Ostdeutschlands zu erhalten. Wir wollen die **Investitionstätigkeit in den strukturschwachen Regionen Deutschlands stärken**.

Unser Ziel ist die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, verstanden als gleiche Chancen für die Menschen in allen Regionen. Die Menschen in den strukturschwachen Regionen brauchen eine ökonomische Perspektive. **Wir wollen die bewährte und eingespielte GRW erhalten und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder weiterentwickeln**. Im Sinne eines integrierten Ansatzes wollen wir prüfen, ob sie durch Maßnahmen zur Innovationsförderung und zur Förderung der Daseinsvorsorge ergänzt werden kann. Wir wollen eine ganzheitliche und sich ergänzende Strukturpolitik, um das wirtschaftliche Potenzial der Regionen zu nutzen.

3. Private Investitionen stärken

Wir wollen die **Anreize und das Umfeld für private Investitionen modernisieren**. Einen wichtigen Beitrag dazu leisten Standortfaktoren wie eine bessere digitale Infrastruktur, bezahlbare und zuverlässige Energieversorgung und gut qualifizierte Fachkräfte – auch im Hinblick auf den demografischen Wandel einerseits und die Zuwanderungsbewegung andererseits. Wichtig sind jedoch auch steuerliche Rahmenbedingungen und Anreize. Wir werden deshalb, in Abhängigkeit vom Konjunkturverlauf, die stimulierende Wirkung gezielter degressiver Abschreibungsregeln nutzen, durch die Unternehmen unmittelbar nach großen Investitionen in verstärktem Maße steuerlich entlastet werden. Gleichzeitig wollen wir steuerliche Anreize ausbauen, um Gewinne im Unternehmen zu belassen. Dies stärkt die Eigenfinanzierungsmöglichkeiten für Investitionen. Derzeit werden Personengesellschaften in dieser Hinsicht gegenüber Kapitalgesellschaften benachteiligt. Wir wollen den Steuersatz für wiederinvestierte (thesaurierte) Gewinne deswegen absenken, um diese höhere Belastung zu reduzieren.

Unser Ziel ist eine Steuerpolitik, die die Realwirtschaft und den deutschen Mittelstand stärkt. Demzufolge setzen wir weiter auf die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und wollen eine Erbschaftsteuer, die den verfassungsrechtlichen Anforderungen an eine gleichmäßige Besteuerung von Vermögen Rechnung trägt, den Erhalt von Arbeitsplätzen ermöglicht und die mittelständischen Strukturen in Deutschland berücksichtigt.

Gründer und junge Unternehmen sind ein Treiber von Innovation und Wachstum. Gründer und Gründerinnen von Start-ups zeichnen sich aus durch neue Geschäftsideen und -modelle, durch Risikobereitschaft und häufig durch global ausgerichtetes Denken und Handeln. Hier entstehen Arbeitsplätze der Zukunft. Sie haben einen nicht zu unterschätzenden Anteil an der Entwicklung von digitalen Innovationen und somit für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft insgesamt. Viele führende Unternehmen, sei es bei Suchmaschinen, Einkaufsplattformen oder sozialen Netzwerken, haben sich aus Start-ups entwickelt. Gleichzeitig hinkt Deutschland bei Neugründungen dem weltweiten Trend noch hinterher.

Um wettbewerbsfähig zu bleiben, IT-Experten in Deutschland zu halten und eigene Datenschutz- und Datensicherheitsstandards umzusetzen, gilt es, mehr Gründungen und mehr Wachstum für erfolgreiche Start-ups zu ermöglichen. Wir wollen eine **Neue Gründerzeit**. Dazu gehört für uns auch, dass Scheitern kein Stigma ist und dass wir eine gründerfreundliche Kultur der zweiten Chance fördern.

- Wir wollen die Rahmenbedingungen für Wagniskapital deutlich verbessern, auch um Start-ups in Deutschland groß zu machen und zu halten. Es braucht einen attraktiven Rechtsrahmen für potentielle Investoren und Wagniskapitalgeber, am besten durch ein **Wagniskapitalgesetz**. Die steuerlichen Rahmenbedingungen sollten an europäische Standards angepasst werden, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Dazu gehört, dass die Veräußerung von Streubesitzanteilen von Kapitalgesellschaften weiterhin steuerfrei sein muss. Daneben wollen wir die Möglichkeiten zur Eigenkapitalfinanzierung durch Schaffung besserer Rahmenbedingungen wie das im letzten Jahr eingeführte vorbörsliche Segment erweitern.

- Wir wollen, dass Beteiligungsinvestitionen insbesondere in junge Unternehmen gefördert oder zumindest nicht schlechter gestellt werden als eine Fremdkapitalfinanzierung. Dazu gehört, eine **gezielte Verlustnutzung bei der Beteiligung an innovativen Unternehmen** europarechtsgemäß zuzulassen.
- Neben der Finanzierung werden von Gründern immer noch bürokratische Hürden als ein zentrales Gründungshemmnis genannt. Wir haben in dieser Legislaturperiode mit dem Bürokratieentlastungsgesetz, welches unter anderem die Regel beinhaltet, dass für jede neue Belastung durch **Bürokratiekosten eine bestehende abgebaut werden muss (one-in-one-out)** bereits viel erreicht. Wir wollen diesen Weg weitergehen hin zu einem weitgehenden Bürokratiemoratorium für Gründer im ersten Jahr ihrer Unternehmensgründung. Weitere Maßnahmen beinhalten die Anhebung der Geringwertige-Wirtschaftsgüter-Schwelle, der umsatzsteuerlichen Kleinunternehmer-Regelung, die Einführung einer elektronischen Steuerbescheinigung für Kapitalerträge und die vierteljährliche Umsatzsteuervoranmeldung für Existenzgründer.
- Wir wollen die projektorientierte steuerliche Forschungsförderung weiter ausbauen, die Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft stärken und den Transfer von Technologie in die Marktreife beschleunigen. Über eine **Steuergutschrift für FuE-Ausgaben in kleinen und mittleren Unternehmen** soll die Forschungstätigkeit im Mittelstand gestärkt werden.

III. Digitale Industriepolitik auf den Weg bringen

Die Digitalisierung stellt vor allem für die Industrie, aber auch für den Dienstleistungssektor durch die Verbindung von physischer und virtueller Welt eine **historische Zäsur** dar: Prozesse, Produktion, Produkte und Services werden sich radikal verändern. Einer aktuellen Studie zufolge könnten die 17 wichtigsten Industrieländer Europas im „industriellen Herzen“ bis 2025 rund 1,25 Billionen Euro an Wertschöpfung hinzugewinnen, wenn die Unternehmen innovativ aufgestellt sind, auf angemessene Infrastrukturen zurückgreifen können und auch sonst ein digital-freundliches Umfeld vorfinden. Aktuelle Studien schätzen insgesamt in Positivszenarien allein für Deutschland ein zusätzliches Wachstumspotenzial durch **Industrie 4.0** zwischen 200 und 425 Milliarden Euro bis 2025.

Aber der Sprung in ein neues Industriezeitalter erfordert eine mutige Innovations- und Industriepolitik, die den notwendigen regulatorischen Rahmen schafft. Innovationen sind keine Selbstläufer, sondern erfordern ein kluges Zusammenspiel von Wirtschaft und Staat. Deutschland hat starke Kompetenzen, auf denen es aufbauen kann und die gestärkt werden müssen, um die Chancen des digitalen Wandels zu nutzen. Der Maschinen- und Anlagenbau sowie die Elektroindustrie und der Fahrzeugbau profitieren bspw. von einer wettbewerbsfähigen Mikroelektronik-Branche in Deutschland und Europa. Deshalb muss Deutschland ein international wettbewerbsfähiger Standort der Mikroelektronik sowohl für Forschung als auch Produktion bleiben.

Unser Ziel ist, das „Modell Deutschland“ mit industrieller Wertschöpfung, hochwertiger Arbeit, Qualitätsproduktion und Mitbestimmung zukunftsfähig zu machen. Dafür brauchen wir eine digitale Industriepolitik mit folgenden Elementen:

- Schnelles Internet ist das Nervensystem digitaler Wertschöpfung. Wir wollen in den nächsten Jahren die **Breitbandinvestitionen massiv erhöhen** und beschleunigen.
- Wir wollen die **Industrieakzeptanz in Deutschland und die Offenheit für technologische Innovation erhöhen**. Dazu wollen wir das „Bündnis Zukunft der Industrie“ als konzertierte Aktion von Politik, Unternehmensverbänden und Gewerkschaften nutzen, um ein gemeinsames Verständnis für die vor uns liegenden Herausforderungen und Lösungen zu erreichen.
- Essenziell für die Position deutscher Unternehmen bei Industrie 4.0 im globalen Wettbewerb sind **Standardisierung und Normierung**. Wir wollen gemeinsam mit Industrie, Gewerkschaften und Wissenschaft in der neu eingerichteten Plattform Industrie 4.0 Lösungen in den Bereichen Standardisierung, Forschung und Entwicklung, Sicherheit, rechtliche Rahmenbedingungen und Arbeitswelt finden.

- Wir wollen gezielt den Mittelstand und das Handwerk bei der Digitalisierung unterstützen. Wir fördern digitale Technologie im Mittelstand, etwa mit den Kompetenzzentren zur Heranführung von KMU an Industrie 4.0. Diese Förderung wollen wir deutlich ausbauen. Wir setzen uns daher kurzfristig für eine „**Digitalisierungsmilliarde**“ ein, mit der Bund und Länder in den kommenden Jahren jeweils 350 Mio. Euro jährlich für die digitale Innovation des Mittelstands mobilisieren. Unser Ziel ist, unter anderem, die Errichtung eines Kompetenzzentrums in jedem Bundesland. Eine weitere finanzielle Unterstützung muss auch in den nächsten Jahren erfolgen.
- IT-Sicherheit ist ein entscheidender Standortfaktor und Bedingung für unsere **digitale Souveränität**. Im Bereich der IT-Sicherheit sind deutsche Unternehmen im internationalen Wettbewerb sehr gut positioniert. Wir wollen insbesondere die Verknüpfung von sicherer Hardware und sicherer Software stärker fördern.
- Der Softwarebereich, einschließlich der Internetsuchmaschinen, ist dadurch gekennzeichnet, dass der Wert von Netzwerken durch die Zahl seiner Nutzer steigt. Aber auch in der digitalen Wirtschaft braucht es Wettbewerb und eine entsprechende Wettbewerbskontrolle. Um die Gefahr der Monopolisierung und des Missbrauchs von Daten durch digitale Mega-Konzerne in diesen „winner-takes-all“-Märkten zu bannen, brauchen wir eine **neue Ordnungspolitik für den Datenmarkt, die Datensouveränität des Verbrauchers** (Schutz der Privatsphäre, aber auch Transparenz und Portabilität von Datenanwendungen) ermöglicht und den Wettbewerb für neue Innovation offenhält. Dies muss die Nichtdiskriminierung von Wettbewerbern durch marktbeherrschende Plattformbetreiber und den diskriminierungsfreien, neutralen Zugang zu Distributionswegen und Inhalten garantieren, ebenso wie der Gefahr der vertikalen Monopolbildung („Google-Cars“) entgegenwirken.

IV. Die Energiewende als Treiber wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit zum Erfolg führen

Durch die intensive Förderung der erneuerbaren Energien sind in unserem Land technologische Innovationen ausgelöst worden, die auf den Weltmärkten stark nachgefragt werden. Die Energiewende verändert regional und strukturell die Wertschöpfung in Deutschland. Traditionelle Kohlereviere sind mit der Notwendigkeit eines Strukturwandels konfrontiert, der durch öffentliche Unterstützung begleitet werden muss. Zugleich gibt es ganze Regionen, die eine Re-Industrialisierung, mitsamt positiven Effekten wie Zuwachs bei Wirtschaftsleistung und Beschäftigung, infrastruktureller Erneuerung und steigenden Steuereinnahmen erfahren. Wir erleben bereits heute in der Übergangsphase einen Nettogewinn von Arbeitsplätzen durch die Energiewende.

Bei all unseren Bemühungen gilt: Die Balance des energiepolitischen Dreiecks muss stets gewahrt werden. Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität können nur dann gesichert werden, wenn die Energieversorgung nicht nur umweltpolitisch nachhaltig, sondern auch zu **wettbewerbsfähigen Preisen** möglich und **langfristig sicher** ist. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie darf nicht durch steigende Energiepreise gefährdet werden, und wir müssen unser Energiesystem in den europäischen Verbund integrieren.

Mit einer **Energieagenda 2030** wollen wir die Energiewende ökologisch wie ökonomisch zum Erfolg führen und zeigen, dass eine starke Industrie und ambitionierter Umweltschutz keine Gegensätze sind. Während die Treibhausgasemissionen seit 1990 weltweit um 50 Prozent zugenommen haben, sind sie in Deutschland um knapp 30 Prozent gesunken. Und dies, obwohl unser Bruttoinlandsprodukt im gleichen Zeitraum um 40 Prozent zugelegt hat. Wachstum und Emissionen konnten wir also erfolgreich entkoppeln.

Die Energiewende setzt neue wirtschaftliche Impulse z.B. auch für die Maritime Wirtschaft, für die Werften und den Schiffbau, für Komponentenhersteller und andere Zulieferbetriebe sowie für Dienstleistungsunternehmen. Deutschland ist weltweit führend bei Umwelt- und Effizienztechnologien, wir bilden bei der On- und Offshore-Windbranche die gesamte Wertschöpfungskette ab. Diese insbesondere regional zu stärken, stellt für uns eine wichtige Komponente der Wirtschaftspolitik der nächsten Jahre dar. Dies ist aber nur eine von vielen Maßnahmen:

- Wir wollen den Ausbau der Erneuerbaren Energien planbar gestalten und die **Erneuerbaren in den Wettbewerb überführen**, damit die Kosten der Förderung begrenzt werden. So wird die Änderung des EEG, die im Jahr 2016 beschlossen werden soll, den rechtlichen Rahmen dafür schaffen, ab Ende 2016 die Förderhöhe für erneuerbare Energien grundsätzlich durch wettbewerbliche Ausschreibungen zu ermitteln. Ein Ausschreibungsdesign, um auch kleinere Projekte flexibel zu ermöglichen, behalten wir im Blick.

- Im **Strommarkt 2.0** refinanzieren sich die benötigten Kapazitäten über bestehende Marktmechanismen. Als zusätzliche Absicherung gegen nicht vorhersehbare Ereignisse und als Beitrag des Kohlesektors zum Klimaschutz überführen wir Braunkohlekraftwerke in die Sicherheitsbereitschaft und legen sie anschließend still.
Wir werden die Kraft-Wärme-Kopplung auf die Ziele der Energiewende ausrichten, Gas-KWK fördern und eine Perspektive für einen moderaten Ausbau eröffnen.
- Auch die Entwicklung und der Einsatz von **Energiespeichern** gewinnt an Bedeutung. Das Stromsystem der Zukunft muss flexibler werden, um die fluktuierende Energieerzeugung und den Verbrauch aufeinander abzustimmen. Wir werden daher prüfen, ob und ggf. wie die Marktbedingungen für die weitere Entwicklung und den Einsatz von Speichertechnologie verbessert werden können.
- Wir wollen in den nächsten Jahren die **Energiewende der Mobilität beschleunigen**. Dazu brauchen wir jetzt wirksame industriepolitische Impulse, an erster Stelle, um das Ziel von 1 Million Elektroautos bis 2020 noch zu erreichen. Wir fordern eine Kaufprämie und eine steuerliche Förderung für Elektroautos sowie gezielte Investitionen in den Ausbau der Ladeinfrastruktur. Die Ladesäulenverordnung muss rasch verabschiedet werden, denn nur ein einheitlicher Standard stellt sicher, dass jeder Kunde an jedem Ladepunkt die Infrastruktur nutzen kann.
- Damit unsere Stromversorgung sicher und bezahlbar bleibt, müssen mehrere tausend Kilometer Stromtrassen der Übertragungsnetze verstärkt oder neu gebaut werden. Nur so kann künftig Strom aus Erneuerbaren Energien tatsächlich in jede Steckdose in Deutschland gelangen. Auch die Verteilernetze müssen wir fit für die Anforderungen der Energiewende machen. Hierzu erarbeiten wir einen investitionsfreundlichen Regulierungsrahmen, der **Rekommunalisierungen** ermöglicht. Wir stehen zu Netzausbau und Netzmodernisierung.
- Wir wollen Energieeffizienz als zweite Säule der Energiewende stärken. Daher werden wir die **Investitionen in Energieeffizienz** erhöhen. Mit dem Nationalen Aktionsplan für Energieeffizienz (NAPE) und dem Aktionsprogramm Klimaschutz haben wir die Voraussetzungen für eine sektorübergreifende Realisierung von Energieeffizienzpotenzialen geschaffen. Mit rund 1,5 Mrd. Euro jährlich investiert der Bund wie nie zuvor in die Effizienz. Dazu gehört auch die Gebäudestrategie, mit der bis 2050 ein nahezu klimaneutraler Gebäudebestand erreicht werden soll. Dies trägt alles dazu bei, die Treibhausgasemissionen um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren.
- Wir wollen die **Digitalisierung der Energiewende**. Die intelligente Vernetzung bietet große Chancen für die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Wir haben daher das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende auf den Weg gebracht. Intelligente Messsysteme schaffen die Möglichkeit, die Kommunikation zu verbessern und ein intelligentes Netz zu entwickeln. Aber wir behalten dabei auch Datenschutz und Wirtschaftlichkeit im Blick.
- Unser Ziel ist, dass die Herausforderungen der Energiewende auch in den Regionen ganz praktisch gemeistert werden können. Ausgehend von dem **Programm „Schaufenster Intelligente Energie“** (SINTEG), welche wir in möglichst vielen Bundesländern einführen wollen, werden wir massentaugliche Musterlösungen für eine klimafreundliche, sichere und effiziente Energieversorgung bei hohen Anteilen schwankender Stromerzeugung aus Wind- und Sonnenenergie entwickeln und einführen.
- Eine **engere Kooperation mit unseren europäischen Partnern** ist essenziell für die Energiepolitik der Zukunft. Versorgungssicherheit kann nur europäisch gedacht und geschaffen werden. Das beginnt mit der Messung von Versorgungssicherheit, die künftig den Strombinnenmarkt berücksichtigen muss, und geht weiter mit einem gemeinsamen Monitoring von Versorgungssicherheit mit unseren Nachbarländern.
- Energiekosten sind entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. Daher müssen die staatlich veranlassten Preisbestandteile auf den Prüfstand. Wir werden Vorschläge für ein **Energiesteuerentlastungsgesetz** erarbeiten, das für die kommenden zehn Jahre eine stufenweise Absenkung der energiebezogenen Steuern regelt. Unsere Zielstellung, die Energiewende voranzutreiben, behalten wir dabei im Blick.
- Das System der Netzentgelte werden wir im Hinblick auf eine faire Lastenverteilung bei der Finanzierung der Netzinfrastruktur überprüfen.

V. Europäisierung und Internationalisierung verbessern

Die europäische Schulden-, Wirtschafts- und Beschäftigungskrise als Folge des Zusammenbruchs der Finanzmärkte und ihre Zuspitzung in Griechenland, haben die Schwächen der Architektur der Eurozone klar aufgezeigt und Zweifel am Euro und an Europa geschürt. Seit der Krise von 2008 ist insbesondere der Euroraum nicht mehr aus Wachstumsschwäche und Finanzierungskrisen herausgekommen. Neben Auswüchsen vor allem der privaten Verschuldung waren dafür ein Mangel an wirtschaftspolitischer Koordinierung und Finanzmarktregulierung ursächlich.

Die wichtigste Erkenntnis, um Europas Spaltung zu überwinden, ist, dass Solidarität und Eigenverantwortung verbunden sein müssen. Die europäische Finanzarchitektur muss nicht nur nationale Verschuldung begrenzen und Risiken im Finanzsektor reduzieren, sondern auch breitere Ziele verfolgen, zu denen Wachstum und Steuergerechtigkeit gehören.

1. Wachstum und Stabilität

- Wir wollen **den Stabilitäts- und Wachstumspakt verbessern**. Länder, die die Defizitkriterien verletzen, sollen größeren Spielraum bekommen, um wachstumsfördernde Reformen durchzuführen.
- Wir werden den Juncker-Plan mit dem Ziel der Finanzierung europäischer Investitionsprojekte umsetzen und fortentwickeln. Der **Juncker-Fonds** soll verstetigt werden, um zentral Projekte identifizieren und koordinieren zu können und die Mitgliedstaaten bei grenzüberschreitenden Projekten zu beraten. Generell setzen wir uns für die stärkere Koordinierung und Förderung europäischer Investitionsprojekte ein.
- Wir wollen einen Mechanismus entwickeln, mit dem Staaten unterstützt werden, die extremen konjunkturellen Ausschlägen ausgesetzt sind – zum Beispiel, wenn die zyklische Arbeitslosigkeit oder zyklisch bedingte Verschuldungszuwächse ein vorher bestimmtes Maß übersteigen.

2. Gerechte und effiziente Steuerpolitik

- Wir wollen **Steuerdumping unterbinden** und Ausnahmen von Steuergesetzen für einzelne Unternehmen grundsätzlich verbieten, um für die längerfristige fiskalpolitische Stabilisierung auch die Einnahmenseite effizienter und gerechter zu gestalten.
- Einzelfallauslegungen geltenden Rechts, sog. Tax-Rulings, müssen der EU-Kommission angezeigt und in den automatischen Informationsaustausch zwischen Steuerbehörden der Mitgliedstaaten und die bessere Zusammenarbeit der Steuerbehörden in Europa einbezogen werden. Wir wollen **den unfairen Wettbewerb durch spezielle Begünstigung bestimmter Einkunftsarten, z. B. aus Lizenzen oder Patenten, bekämpfen**.
- Wir wollen **Briefkastenfirmen und Stiftungen, deren wirtschaftlich Berechtigte anonym bleiben, sowie noch bestehende Möglichkeiten staatenloser Gesellschaftsgründungen verbieten**.
- Um den schädlichen Steuerunterbietungswettbewerb zwischen den Staaten dauerhaft zu überwinden und Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern, brauchen wir eine **stärkere Harmonisierung der nationalen Steuersysteme**. Wir unterstützen die Vorschläge der Kommission zur Einführung einer gemeinsamen Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage. Wir sprechen uns dafür aus, diese gemeinsam und zeitgleich mit Mindeststeuersätzen bei den Unternehmenssteuern einzuführen.

3. Die Wirtschaftsunion vervollständigen – Fiskalunion aufbauen

- Der fortschreitende Konvergenzprozess unter den Mitgliedstaaten in der Steuer- und Finanzpolitik kann Vorstufe eines eigenen **Budgets für die Eurozone** sein. So kann die einzuführende Finanztransaktionssteuer als Ausgangspunkt für eigene Finanzmittel und eine Kreditaufnahmefähigkeit auf europäischer Ebene dienen. Perspektivisch müssen wir innerhalb des Euroraums eine über nationale Budgets hinausgehende „Fiskalkapazität“ im Sinne eines Kernbudgets der Eurozone errichten, das die Möglichkeit einer automatischen Stabilisierung verbessert und gleichzeitig auf europäischer Ebene die Möglichkeit dafür schafft, entsprechend dem Konjunkturverlauf die Finanzpolitik zu lockern beziehungsweise zu verschärfen. Dieses Budget kann in Zukunft einerseits wichtige Investitionsfunktionen auf europäischer Ebene wahrnehmen – zum Beispiel im Bereich europäischer Netze und grenzüberschreitender Infrastruktur – und andererseits durch Anpassung von Einnahmen oder Ausgaben die EZB bei der Stabilisierung der Konjunktur der Eurozone unterstützen, wenn die Summe nationaler Fiskalpolitiken nicht ausreicht.
- Wir wollen die **Bankenunion** mit der gemeinsamen Aufsicht, dem gemeinsamen Abwicklungsregime und dem europäischen Bankenabwicklungsfonds komplettieren und perspektivisch von der Europäischen Zentralbank auf eine eigene Institution übertragen, die dem Europäischen Parlament rechenschaftspflichtig ist. Dadurch können wir verhindern, dass aus einer Bankenkrise Ansteckungsgefahren für die Haushalte der Mitgliedstaaten ausgehen. Die wichtige Rolle und Struktur der deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken wollen wir schützen.
- Wir wollen in Europa Verfahren entwickeln, die im Notfall **einen geordneten Schuldenschnitt für Staaten in Zahlungsschwierigkeiten ermöglichen**, und diese Verfahren rechtlich absichern, um private Gläubiger glaubwürdig an den Kosten zukünftiger Schuldenkrisen zu beteiligen. Dies kann grundsätzlich auf zwei Arten erfolgen: Über europäisches Recht oder über Änderungen der Vertragsbedingungen von Staatsanleihen. Beide Wege sollten geprüft werden.

4. Europa als starker Akteur einer progressiven Globalisierung

Als größter Binnenmarkt der Welt und über 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern hat Europa das Gewicht, die Standards internationaler Handelspolitik entscheidend mitzubestimmen und für eine gerechte Globalisierung zu sorgen. Dabei darf es nicht nur um die Frage gehen, wie Menschen wegen des internationalen Wettbewerbs angeblich leben müssen. Vielmehr geht es darum, wie Menschen leben wollen. **Beides zu verbinden – offene Märkte und gute Standards – das ist Kernkompetenz der Sozialdemokratie.** Es geht darum, das europäische Sozialmodell so zu erneuern, dass es wirtschaftliche Dynamik mit sozialer Gerechtigkeit kombiniert. Durchsetzen können wir unsere Standards nur, wenn Europa bei den wichtigen anstehenden Entscheidungen mit einer Stimme spricht.

Mit dem derzeit verhandelten Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP können Europa und die USA Standards für nachhaltiges Wirtschaften, offene Märkte, den Schutz der Umwelt, der Arbeitnehmer und der Verbraucher setzen, die globale Vorbildfunktion haben. **TTIP mit den richtigen Standards, transparenten Verfahren und einer Streitschlichtung durch einen Handelsgerichtshof ist für uns Instrument globaler Ordnungspolitik.** Hier sind wir anspruchsvoll, aber auch realistisch zugleich – faire und gerechte Standards im Weltmaßstab werden wir nur mit starken Partnern durchsetzen können, die unsere Überzeugungen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit teilen.

D. Dem Fortschritt eine Richtung geben

Deutschland muss die großen aktuellen Herausforderungen erkennen und die Soziale Marktwirtschaft auf diese Herausforderungen einstellen. Unser Ziel ist es, gesellschaftlichen Wohlstand und Fortschritt auch zukünftig zu gewährleisten. Dafür ist das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts notwendig. Aber BIP-Wachstum allein ist als Orientierungsgröße nicht hinreichend. Die Verteilung des Wohlstands und die soziale Kohäsion haben einen eigenen monetären Gegenwert – nur wird dieser Gegenwert nicht oft diskutiert. In einer „offenen Gesellschaft“, die sich der Teilhabe und einem inklusivem Wachstum verschreibt, muss das Thema des „qualitativen Wachstums“ noch viel stärker in den Fokus der Wirtschaftspolitik rücken. Deswegen wollen wir das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz aus dem Jahre 1967 diesen Anforderungen anpassen, damit Wachstum, Investitionen, sozialer Zusammenhalt und ökologische Nachhaltigkeit zu einem progressiven Kompass der Wirtschaftspolitik werden.

Reformen sind notwendig. Sie sind aber kein Selbstzweck. Gegen den Missbrauch der Reformdebatte zur sozialen Spaltung der Gesellschaft steht die Sozialdemokratie mit einem klaren Kompass der Gerechtigkeit. Beharrung und Abschtung ist eine schlechte Alternative in einer Welt voller sozialer Veränderungen und angesichts der Wucht der Digitalisierung. Reformen brauchen wir, um die nächste große Transformation unserer Gesellschaft aktiv zu gestalten, Chancen zu mehren, Potenziale zu nutzen, Teilhabe zu verbreitern und Zukunftskompetenz zu gewinnen. Das ist unsere Vorstellung einer Wirtschaftspolitik für das nächste Jahrzehnt.